

(Vizepräsident Schmidt)

(A)

Ich rufe Nummer 3 auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6403 und den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6450.

Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Paus für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war fast versucht, es wie die Kollegin Larisika-Ulmke zu machen, die in den zurückliegenden Jahren Anträge, die abgelehnt waren, wiederholt hat - fast identisch im Wortlaut -, und wollte Ihnen das vortragen, was ich bereits im letzten Jahr zum Einzelplan 03 gesagt habe. Das wäre in vielen Punkten genau das gleiche gewesen, was ich heute vortragen müßte, denn leider haben wir auch im letzten Jahr keine wesentlichen Fortschritte im Bereich der inneren Sicherheit erlebt.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ohoh!)

(B)

Nach wie vor, Herr Kollege Frechen, ist die Personallage bei der Polizei katastrophal. Auch dieser Haushalt gibt überhaupt keine Antwort zu diesem Thema: Von 1970 bis heute Verdoppelung bei der Kriminalität, etwa vergleichbarer Aufgabeanstieg bei der Schutzpolizei - das muß im wesentlichen mit den Bordmitteln des Jahres 1970 abgearbeitet werden.

Prävention, also vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung, kann weitgehend überhaupt nicht stattfinden. Im Bereich der den Bürger besonders treffenden kleinen und mittleren Kriminalität wird das Straftatenaufkommen weitgehend nur abverwaltet. Das ist für das Sicherheitsgefühl der Bürger katastrophal.

Meine Damen und Herren! Deshalb brauchen wir auch bei der sich abzeichnenden schwierigen Haushaltssituation der nächsten Jahre eine Kraftanstrengung zugunsten einer Personalverstärkung für die Polizei unseres Landes. Wir erwarten, Herr Kollege Frechen - vielleicht sagen Sie etwas dazu, vielleicht nehmen Sie Ihr Programm aus dem Jahre 1990 wieder auf,

(C)

wir haben ja nächstes Jahr wieder Wahlen, mal sehen, was da kommt -, daß Sie im Jahr 1995 als Regierungsfraktion eine Konzeption vorlegen, die eine Personalverstärkung, einen Abbau des Defizits für die nächsten zehn Jahre erwarten läßt.

Wir haben dieses Jahr, Herr Kollege Frechen - darauf werden Sie sicherlich gleich eingehen - keine eigenen Anträge zur zweiten Lesung des Haushaltes gestellt. Bevor Sie aber darauf im Detail eingehen, will ich Ihnen sagen, daß wir das bewußt nicht getan haben, weil wir seit Mitte der 80er Jahre fast zu jedem Haushalt gebetsmühlenartig Anträge gerade zur Verstärkung der Personalsituation bei der Polizei gestellt haben. Wir haben häufig Deckungen sogar aus anderen Kapiteln des Landeshaushaltes angeboten, nicht also aus dem Bereich der inneren Sicherheit, aus dem Bereich 03.

Unser Ziel war es, das Personaldefizit, das unstrittig bei mindestens 7 500 Beamten liegt, in einem 10-Jahres-Programm abzubauen. Sie sind darauf nicht eingegangen und haben das stets mit Ihrer "Abstimmungsguillotine" kaputtgemacht. Wir haben es uns deshalb schlicht erspart, dieses Jahr erneut dieses Schauspiel hier aufzuführen.

Ich sage dennoch klipp und klar: Wir brauchen einen Abbau des Personaldefizits bei der Polizei in überschaubarer Zeit.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die Mittel dazu müssen durch Umschichtungen aus anderen Bereichen des Haushaltes erwirtschaftet werden. Wir werden, wenn wir dazu die Chance haben, entsprechende Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Alternativen sind nicht überzeugend. Aufgabenkritik, Herr Innenminister, ist bisher über eine Absichtserklärung auf dem Papier nicht hinausgekommen. Auch von der EDV-Ausstattung haben wir uns versprochen, daß dies die Chance gibt, Personalreserven freizubekommen. Das, was bisher läuft, ist ein reines Wachstumsprogramm. Dort werden die PCs wie Schreibautomaten eingesetzt. Danach geht es mit viel mehr Papier als bisher weiter. Unterm Strich wird

(Paus [Detmold] [CDU])

(A) durch die Einführung dieses Konzeptes mehr Personal gebunden als freigestellt. Irgendwelche Personalreserven sind dadurch bisher nicht frei geworden.

Herr Innenminister, Ihre ziemlich durchsichtige und - wie ich finde - alberne Frage an die GdP, ob denn die lieben Kollegen lieber etwas mehr Geld im Portemonnaie oder zusätzliche Kollegen hätten, hat Ihnen nur zeitweise über die Runden geholfen, denn der gute Herr Steffenhagen macht jetzt wieder - wie wir finden, zu Recht - Druck in Richtung mehr Personal für die Polizei, auch wenn wir seine Konzeption, das über einen Polizeipfennig zu ermöglichen, doch nicht für das absolute Patentrezept halten.

Ich will etwas zur Neuorganisation bei der Polizei sagen. Grundsätzlich haben wir uns mit den Zielen der Neuorganisation einverstanden erklärt. Sie wollen mehr Polizei auf die Straße bringen, mehr Bürgernähe. So haben Sie es verkündet. Sie wollen die "Wasserköpfe" in den Stäben abbauen, und Sie wollen mehr Beamte in der Kriminalitätsbekämpfung. Wie wahr, wie richtig! Aber, trotz Ihrer Beschwichtigungsversuche - Sie haben uns schon vorsorglich auf die Kritik des BdK hin angeschrieben -, muß ich feststellen, daß bei der Umsetzung vor Ort diese Ziele, so wie wir es sehen und wie wir es vor Ort hören, nicht erreicht worden sind.

(B) Durch das Überstülpen des Modells, das vor Ort ja weitgehend wie das Kölner Modell gesehen wird, auf die ländlichen Kreispolizeibehörden werden teilweise unsinnige Organisationsformen gerade im ländlichen Raum erforderlich, die zusätzliche Kräfte in den Stäben binden. Und dort, wo die bisher einzige rund um die Uhr tätige Wache vor Ort geschlossen wird und wo demnächst die Streifenwagen aus der Nachbarstadt anrollen, wenn etwas ist, können Sie den Bürgern kaum verdeutlichen, daß das bedeuten soll, daß künftig mehr für ihre Sicherheit getan wird. Das wirkt zum Stichwort "Bürgernähe" wenig überzeugend.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dann Beamte, die jahrelang im Wach- und Wechseldienst beschäftigt waren, kurz vor der Pensionierung der Kriminalitätsbekämpfung zugeordnet werden, ist das vielleicht auf dem Papier ein Erfolg;

(C) für mehr Beamte bei der Kriminalitätsbekämpfung unter dem Strich wirkt sich das eher problematisch aus, da diese Kollegen für die verbleibende Dienstzeit ja auch noch eingearbeitet werden müssen. Effektiv ist das nach unserer Auffassung bisher nicht.

Ihre Prämisse, Herr Innenminister, es dürfe nichts zusätzlich kosten, werden Sie nicht halten können. Wenn Sie Inspektionen einrichten müssen in Bereichen, in denen das bisher noch nicht der Fall war, wenn Sie zentrale Kriminalitätsbekämpfung einrichten müssen, werden Sie diese Konzeption nicht halten können.

Noch ein Letztes zum Thema Neuorganisation! Ihr Trend zum Einheitspolizisten, den Sie ja auch mit der Neuorganisation immer wieder vorantreiben und der ursprünglich eines der Hauptmotive der Neuorganisation bei Ihnen war, wird sich nach unserer Auffassung künftig noch bitter rächen. Wir brauchen bei immer komplexeren Formen der Kriminalität immer besser geschulte Experten und nicht Generalisten, die wir dann irgendwann im Bereich der Fortbildung auch noch zusätzlich für Kriminalitätsbekämpfung schulen wollen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Also: Die Neuorganisation bringt nicht den großen Befreiungsschlag für die Polizei des Landes. Sie ist schlichte Mangelverteilung. Es ist ein großes Rad gedreht worden, viel Arbeit vor Ort investiert worden, viel Personalkapazität durch Unruhe in den Behörden verlorengegangen. Der Ertrag ist eher bescheiden. In vielen Bereichen können wir einen Ertrag nicht feststellen.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Das wollen wir doch mal sehen! Warten wir ab!)

Ein Thema zum Schluß, Herr Innenminister, das in den zurückliegenden Jahren - insofern hätte ich meine Rede vom letzten Mal vielleicht doch etwas ändern müssen - einen breiten Raum eingenommen hat, ist das Thema "Asyl und Abschiebung". Die Zahlen, die wir in den letzten Wochen und Monaten aus Ihrem Hause bekommen, sind positiv. Sie belegen, daß

(Paus [Detmold] [CDU])

(A)

endlich Bewegung in das Thema gekommen ist. Endlich können aufgrund der Grundgesetzänderung wirkliche Verfahrensbeschleunigungen bei der Prüfung der Verfahren realisiert werden. Erstmals gibt es eine wirkliche Kraftanstrengung in Ihrem Hause für eine konsequente Abschiebung. Jetzt gibt es sogar, was wir immer gefordert haben, eine zentrale Einheit im Ministerium, die koordiniert, die unterstützt, und endlich fliegen wöchentlich in die Hauptherkunftstaaten, aus denen unbegründet Asylantragsteller gekommen sind, Chartermaschinen, zurück also vor allem nach Rumänien, Bulgarien.

Herr Innenminister, es geht also doch! Jahrelang haben Sie uns erzählt, daß alles für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber getan werde. Sie haben uns Statistiken vorgelegt, Halbjahresübersichten, mit denen Sie das belegen wollten. Nachdem ich die neue Entwicklung sehe, muß ich jetzt feststellen, daß das in vielen Fällen schlichte Vernebelung war.

Die jetzigen Erfolge, die nur zum Teil auf die Grundgesetzänderung zurückzuführen sind - ich spreche vom Bereich der Abschiebung -, belegen, daß es bei Ihnen in den zurückliegenden Jahren keinen ernsthaften Willen zu einer konsequenten Abschiebung gegeben hat.

(B)

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Oh! Das ist aber sehr böseartig!)

Das ist der Schluß, den wir aus der jetzigen Entwicklung nur ziehen können.

Der massive Rückgang bei der Zahl der Asylantragsteller, die Reduzierung auf etwa ein Drittel, macht für uns zusätzlich etwas deutlich, Herr Innenminister: Die CDU auch hier im Hause hatte mit ihrer seit Jahren konsequent vorgetragenen Forderung nach einer Grundgesetzänderung recht. Nur so war das Problem in den Griff zu bekommen. Sie haben uns für unsere konsequente Haltung in massiver Weise beschimpft und hier vorgeführt. Ich will nur einige Worte, die ich mir aus den Protokollen aufgeschrieben habe, zitieren: "Wettlauf der Schabigheit", "unmenschliche Politik", "unchristlich", "ausländerfeind-

lich" - all das haben wir uns hier von Ihnen sagen lassen müssen.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Das gilt nach wie vor!)

- Herr Kollege Appel, schön, daß Sie das nach wie vor so sehen. Die Entwicklung belegt, daß wir mit unseren Forderungen recht hatten.

Ihre Erklärung im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Grundgesetzänderung dann in den eigenen Reihen, das, was Sie dort dann erklärt haben, hat gezeigt, daß Sie, Herr Schnoor, zu diesen, wie ich finde, polemischen Entgleisungen gegriffen haben, obwohl Ihnen schon seit geraumer Zeit klar war, daß eine Grundgesetzänderung unausweichlich war, um die sonst nicht zu zügelnde Einwanderung über den Fehlgebrauch des Artikels 16 zu verhindern.

Sie haben also, Herr Minister - und das macht mich nachdenklich und enttäuscht mich -, wider besseres Wissen zu Demagogie und Polemik gegriffen. Das war kein Beitrag zu der von Ihrem Ministerpräsidenten doch immer so hochgelobten politischen Kultur. Damit haben Sie auch erhebliche Verantwortung dafür auf sich genommen, daß sich das Klima für Ausländer in unserem Lande in den letzten Jahren nicht zum Besseren entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Paus. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Frechen das Wort.

Abgeordneter Frechen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht die Polemik fortsetzen, die den letzten Teil der Rede des Kollegen Paus ausgezeichnet hat. Ich will aber das Wort von der Enttäuschung aufnehmen, das er gebraucht hat.

Herr Kollege Paus, Ihre Rede - insbesondere im ersten Teil, der die Polizei betraf - hat nicht enttäuscht; denn eine Mehrheitsfraktion ist immer an

(C)

(D)

(A) (Frechen [SPD])

einer wachen, intelligenten Opposition interessiert. Ihre Ausführungen haben gezeigt, daß Sie entweder von der Sache nichts verstehen

(Lachen des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

und von daher inkompetent sind oder aber daß Sie hier wahrheitswidrig wider besseres Wissen Dinge vortragen.

Herr Kollege Paus, Sie wissen, daß wir im Jahr 1993 - schon im Jahr 1992, aber in besonderem Umfang im Jahr 1993 - und in den Haushaltsberatungen dieses Jahres für das nächste Jahr sehr viel für die innere Sicherheit, insbesondere für die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei getan haben und tun werden. Das wird allgemein anerkannt, auch von der Polizei. Davon haben Sie kein einziges Wort gesagt. Ich will einige Punkte in Ihre Erinnerung zurückrufen:

Wir haben in bezug auf Strukturverbesserung, auf Besoldung und Laufbahn bereits 1992 1 000 Stellen in den gehobenen Dienst übergeführt. Ich will jetzt die Beförderungen, die daraus resultieren, außen vor lassen.

(B) Wir haben im Jahr 1993 1 750 Stellen angehoben, um Beamten der entsprechenden Jahrgänge den prüfungsfreien Übergang in den gehobenen Dienst nach A 10 zu ermöglichen. In diesem Jahr haben wir weitere 1 724 Stellen angehoben. Sie wissen, der Finanzminister hatte zunächst 1 000 vorgesehen, unsere Fraktion hat weitere 724 zugelegt. Das betraf aber nur die Überleitung kraft Gesetzes nach A 10. Wir haben in den Vorjahren jeweils etwas über 700 Stellen - das ist auch für 1994 vorgesehen - für den prüfungserleichterten Aufstieg bereitgestellt. Und wir haben die Zahl derer, die zur Fachhochschule gehen, um 250 bis 300 Stellen im vergangenen Jahr erhöht; das wollen wir in diesem Jahr wieder tun.

Es ist Fakt, Herr Kollege Paus, daß, ergänzt um das, was 1995 nach dem Beschluß dieses Landtags vom 30. November des vergangenen Jahres geschehen soll, ein Drittel der Schutzpolizei im gehobenen Dienst sein wird, unter Einschluß der Kriminalpolizei sind es

(C) sogar über 40 %. Diese Fakten haben Sie hier nicht genannt.

(Widerspruch des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Es gehört doch zur Fairneß auch eines Redners der Opposition, diese Dinge zu nennen und nicht nur darauf herumzureiten, was noch nicht erreicht worden ist. Insofern enttäuschen Sie mich, das sage ich ganz offen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Was sagen Sie denn zur Personalsituation der Polizei?)

Da kann die Polemik gegenüber dem Innenminister nicht ausgleichen, was Sie dem Hohen Hause an Halbinformationen vorgetragen haben.

(Lachen des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

(D) Sie wissen, Herr Kollege Paus, daß wir in der IuK-Technik einiges getan haben: daß spätestens im Jahr 1994 der gesamte Wach- und Wechseldienst mit PCs ausgestattet sein wird, daß wir das Programm von Mummert & Partner, das insgesamt zwischen 10 000 und 12 000 PC-Arbeitsplätze vorsieht, konsequent umsetzen. Das ist zu einem nicht unbeträchtlichen Teil bereits in diesem Jahr geschehen.

Ich nenne weiter: Wir haben in diesem Jahr rund 700 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die wir vor zweieinhalb Jahren eingestellt haben, auf die einzelnen Kreispolizeibehörden verteilen können. Auch darüber haben Sie kein Wort verloren. Die Gesamtzahl der zusätzlichen Stellen, die wir der Polizei über den Nachersatz hinaus haben zuführen können, ist in den letzten vier/fünf Jahren einschließlich der Bundesgrenzschutzleute rund 3 000 gewesen. - Auch davon kein Wort.

Deshalb, Herr Kollege Paus, glaube ich, verlieren Sie bei der Polizei hier im Land Nordrhein-Westfalen, selbst bei der PDB, zunehmend an Gewicht und an

(Frechen [SPD])

(A)

Vertrauen. Nicht zuletzt Ihr Antrag hinsichtlich der Sicherheitswacht

(Zustimmung der Abgeordneten Reinhard [Gelsenkirchen] und Lucas [SPD])

hat bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten - um es deutlich zu sagen - Gelächter hervorgerufen.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Die fassen sich an den Kopf, die Leute!)

Man kann ja über Dinge diskutieren und unterschiedlicher Meinung sein, aber mit diesem Antrag haben Sie sich lächerlich gemacht. Ein weiterer Antrag, mit dem Sie auf absolutes Unverständnis gestoßen sind, war der, mit dem Sie die sogenannte P-Besoldung gefordert haben.

Sie haben dem Innenminister und natürlich auch der Mehrheitsfraktion in diesem Hause, also uns, immer wieder vorgeworfen, wir hätten weder ein kurz- noch ein mittelfristiges Konzept. - Das kurzfristige Konzept, das ich in Umrissen eben diskutiert habe, haben wir bereits 1992 vorgelegt. Ich darf es noch einmal sagen: In den Jahren 1992 bis 1995 verdoppeln wir den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei. Das werden wir erreichen, zwei Drittel des Weges haben wir schon zurückgelegt. Wir werden den Direkteinstieg für den gehobenen Dienst mit Studienbeginn 1994 einführen. Dazu sind die gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden, dem steht nichts mehr im Wege. Das kurzfristige Konzept läuft also.

(B)

Wir haben Ihnen zwischenzeitlich auch ein mittel- und langfristiges Konzept vorgelegt, das sogenannte Drei-Säulen-Modell, das, auf seinen drei Säulen ruhend, innerhalb absehbarer Zeiträume die Polizei weitestgehend in den gehobenen Dienst überführen wird. Sie wissen das: Eingangssamt noch A 7, hoffentlich später mit Hilfe des Bundes, weil wir hier keine gesetzliche Kompetenz haben, A 8, Durchlauf bis A 11, Qualifizierung über einen zweijährigen Fachhochschulbesuch bis A 13 und, wie eben bereits gesagt, der Direkteinstieg nach A 9 und Aufstieg bis in den höheren Dienst.

Wir haben also nicht nur ein kurzfristiges, sondern auch ein mittel- und langfristiges Programm.

(C)

Ich räume ein, Herr Kollege Paus, daß es im Bereich der personellen Verstärkung noch Defizite gibt. Das sage ich offen. Diese Defizite sind wir bemüht auszugleichen.

Sie kennen aber die finanzielle Situation nicht nur dieses Landes, sondern auch der anderen Länder. Sie wären glaubwürdiger gewesen, wenn Sie dieses Zerrbild der Polizei in Nordrhein-Westfalen, das Sie hier gezeichnet haben, angereichert hätten um Informationen über die Situation der Polizei in den Ländern, in denen Sie - noch - Regierungsverantwortung tragen.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Jawohl!)

In Bayern und in Baden-Württemberg - von den neuen Bundesländern will ich nicht reden, weil sie im Aufbau sind - ist die Situation der Polizei nachhaltig schlechter als in Nordrhein-Westfalen.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Nein! Nein!)

- Nachhaltig schlechter!

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Belegen Sie das mit Zahlen!)

(D)

- Das läßt sich im einzelnen darstellen.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Zahlen! Zahlen!)

Herr Kollege Paus, da wirkt das Ganze etwas pharisäerhaft. Wie sagt Matthäus: Nimm erst mal den Balken aus dem eigenen Auge, bevor du nach dem Splitter im Auge des anderen fischst. Das sollten Sie sich einmal angelegen sein lassen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Rösenberg [CDU]: Das hat Frau Matthäus nie gesagt!)

- Doch, es ist Matthäus. Sie können es nachlesen. Aber wenn ich bei Ihnen fälschlicherweise Bibelkenntnisse unterstellt habe, dann bitte ich selbstverständlich um Entschuldigung.

(Frechen [SPD])

(A)

Ich darf noch kurz auf einen weiteren Punkt hinweisen: das Problem der Nachschlüsselung. Herr Kollege Paus, Sie haben keine Anträge zur Personalvermehrung gestellt. Sie haben das vorhin entschuldigt. Dann wäre es sinnvoll gewesen, wenn Sie überhaupt keine Anträge gestellt hätten. Aber Sie haben ja Anträge gestellt, unter anderem zur Nachschlüsselung, wie auch die GRÜNEN.

Diese Nachschlüsselung haben wir im Nachtragshaushalt des vergangenen Jahres durchgeführt. Wir haben einen zweiten Schritt der Nachschlüsselung für den Haushalt 1994 vorgesehen. Es bleibt noch ein dritter zu tun, der aus finanziellen Gründen erst 1995 erfolgen kann.

Aber die Qualität Ihrer Anträge und der Stellenwert, den Sie der inneren Sicherheit einräumen, zeigen sich ja heute allein durch die Anwesenheit Ihrer Fraktion hier im Plenum. Da brauchen Sie nicht nach der anderen Seite zu schießen; Sie haben ja dieses Zerrbild gezeichnet; Sie haben ja diese "verzweifelte Situation" dargestellt. Wenn das für Sie so wichtig ist, muß man erwarten dürfen, daß die Mitglieder Ihrer Fraktion zahlreicher vertreten sind.

(Zuruf des Abgeordneten Rösenberg [CDU])

(B)

Ich will aber zum Schluß, Herr Kollege Paus, auch ein versöhnliches Wort sagen, was nämlich Ihre Kapazität, Ihr Engagement und Ihre Qualität in bezug auf Anträge angeht. Sie haben tatsächlich einen ganz wichtigen Antrag gestellt, mit dem Sie engagiert am Einsparvolumen dieses Landeshaushaltes mitgearbeitet haben. Es geht darum, daß Sie eine Kaffeemaschine

(Acht bei der CDU)

gestrichen haben wollten. Mit diesen Mitteln - ich glaube, es waren knapp über 40 000 DM - einer gestrichenen Kaffeemaschine wollten Sie dann die Probleme der inneren Sicherheit in diesem Lande lösen.

(Heiterkeit - Zurufe - Beifall bei der SPD)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Frechen. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Larisika-Ulmke. Bitte schön!

Abgeordnete Larisika-Ulmke⁷ (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal aus der Kriminalstatistik des vergangenen Jahres, von Herrn Innenminister Schnoor vorgelegt, zitieren. Die Zahl der Straftaten stieg insgesamt um 8 %. Die Zahlen für die Straftaten mit steigender Tendenz lauten: Mord 27,6 %, Totschlag 10,9 %, Vergewaltigung 7,5 %, sexueller Mißbrauch, wobei ich dieses Wort für etwas problematisch halte, 8,7 %, Raub 11 %, Körperverletzung 8,4 %, ganz zu schweigen von dem großen Bereich des Diebstahls.

Ich persönlich habe einmal überlegt, in wie vielen Fällen ich im vergangenen Jahr in meinem unmittelbaren Umfeld oder in der Familie mit Kriminalität zu tun hatte. Man kann sagen, es waren alles belanglose Dinge, aber immerhin: Zweimal wurde der Wagen aufgebrochen, einmal versuchter Einbruch in ein Geschäftshaus, ein Handtaschendiebstahl, eine Sachbeschädigung und ein Diebstahl aus einer Wohnung.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(D)

- Lassen Sie mich erst einmal zu Ende reden. Wir haben ja noch Möglichkeiten zu diskutieren, Herr Appel.

Das ist jetzt nur ein ganz kleiner, persönlicher Eindruck. Jeder von uns hat mehr und mehr mit Kriminalität zu tun und muß gleichzeitig erleben, wenn er zu einer Dienststelle geht oder die Polizei benachrichtigt, daß ihm schon bei Mitteilung der Straftat angekündigt wird, da sei nicht viel zu erwarten; möglicherweise komme in absehbarer Zeit von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt worden sei.

Aber bei der Frage nach den Hauptproblemen der inneren Sicherheit fühlen sich die Bürger unseres Landes mehr und mehr betroffen. Vor Jahren standen

(Larisika-Ulmke [F.D.P.]

(A)

sicherlich andere Dinge im Vordergrund, aber mittlerweile ist die innere Sicherheit für unsere Bürger eines der größten Probleme geworden. Dabei muß man sicherlich auch hier relativieren: Es sind nicht unbedingt diejenigen, die die größte Angst vor der Kriminalität haben, unbedingt auch die Opfer. Aber es gibt ein subjektives Unsicherheitsgefühl, dem man nachgehen muß.

Dieser Tatsache wird nun - bei allem Anerkenntnis, Herr Kollege Frechen, daß einiges schon auf den Weg gebracht worden ist - unser Haushalt, der Einzelplan 03, nicht gerecht. Sie haben recht, Herr Kollege Paus: Einiges könnte ich wieder aus meinem früheren Reden zitieren, insbesondere deswegen, weil Anträge, die wir gestellt haben - da geht es uns ähnlich wie der CDU-Fraktion -, pauschal abgelehnt worden sind, da sie von der Opposition kamen. Wir sehen mit einer gewissen Betroffenheit, sicherlich da und dort auch Genugtuung, daß das, was vor Jahren abgelehnt worden ist, auf einmal richtig und selbstverständlich ist und auf den Weg gebracht wird.

Ihre Kritik wird sich sicherlich auch insofern gegen uns richten - ich habe es gestern schon gesagt -, als wir uns insbesondere bei den Stellen der Stimme enthalten haben. Wir verkennen nicht, daß die Polizei mehr Personal braucht. Wir verkennen auch nicht, daß sie besser besoldet werden muß. Aber wir verlangen, bevor wir endgültige Aussagen zu den Stellen und zur besseren Besoldung machen können, daß das durchgeführt wird, was jetzt in aller Munde ist, nämlich die Aufgabenkritik.

(B)

Gestern oder vorgestern stand groß in der Zeitung: "GdP gegen Polizei in Fußballstadien". Vor Jahren, als ich dieses Thema angeschnitten habe, bin ich noch angegriffen, fast ausgelacht worden. Da war es noch kein Thema. Ich begrüße ausdrücklich, daß man sich jetzt darüber Gedanken macht, wo Polizei sinnvollerweise eingesetzt wird und wo sie entlastet werden kann.

Hier spreche ich insbesondere auch meine Kollegen Kommunalpolitiker, aber eben auch den Innenminister als Kommunalminister an. Die Kommunen, die uns jetzt vor Ort im Zusammenhang mit der Neuorganisation die Türen einlaufen, müssen auch ihre Schularbeiten machen und selber überlegen, wie weit sie

denn für die innere Sicherheit verantwortlich sind und inwieweit sie Personal einstellen oder umschichten können, das genauso wie die Polizei rund um die Uhr Sicherheit gewährleisten kann.

Und hier liegt noch einiges im argen, wobei ich nicht verkenne, daß das sicherlich auch Finanzprobleme sind. Aber da sind wir wieder beim nächsten Punkt, den ich auch immer wieder in die Diskussion bringe: Laßt uns überlegen, inwieweit andere Unternehmen Aufgaben der Polizei wahrnehmen können, die keine hoheitlichen Aufgaben sind, sondern reine Bewachungsfunktionen haben.

Ich spreche nicht von diesen "Schwarzen Sheriffs" und irgendwelchen obskuren Gruppen, die meinen, innere Sicherheit sowie das Rechts- und Ordnungsdenken für sich gepachtet zu haben, sondern ich denke an qualifizierte Unternehmen, die auch von sich aus bereit sind, einen Befähigungsnachweis und auch den Nachweis zu erbringen, daß Ihr Personal qualifiziert ausgebildet ist. Die sollten das dann auch in Form eines beliebigen Unternehmens machen können. Ich weiß gar nicht, warum das so problematisch sein kann, da wir das in anderen Bereichen bereits machen.

Wir haben uns zum Beispiel ewig lange über den Vermessungsunternehmer unterhalten und lange nach Möglichkeiten der Berufsordnung und der Ausbildung gesucht. Ich weiß nicht, warum das nicht auch bei solchen Unternehmen gehen sollte. Ich will nicht alle Beispiele immer wieder aufführen, wo mittlerweile Private eingesetzt sind, aber es ist für den Bürger nicht nachvollziehbar, daß auf der einen Seite Polizeibeamte fehlen und auf der anderen Seite sie immer wieder hören müssen, daß ausgebildete Polizeibeamte Jahre vor irgendwelchen Objekten stehen und damit natürlich auch die Kenntnisse aus ihrer Ausbildung wieder vernachlässigen.

Das Thema Neuorganisation ist hier angesprochen worden. Ich war, glaube ich, die einzige im Innenausschuß, die bereits damals die Bedenken geäußert hat; das kann man ja im Protokoll nachlesen. Insbesondere habe ich meine Bedenken zu den Plänen des Innenministers, was die Zusammenfassung von Kriminalpolizei und Schutzpolizei angeht. Ich habe bereits damals die Sorge geäußert, daß hier qualifiziertes Wissen

(C)

(D)

(Larisika-Ulmke [F.D.P.]

(A)

qualifizierter Kriminalbeamter abhanden kommt und in einen Topf geworfen wird. Das zeigt sich schon dadurch, daß mittlerweile Kriminalbeamte in Fachbereichen und Spezialgebieten aufgrund besserer Beförderungsmöglichkeiten zur Schutzpolizei wechseln, was jetzt auch möglich ist, und damit die Qualität ihres Wissens für Sonderdelikte und Wirtschaftskriminalität und sonstiges abhanden kommt und verlorengeht.

(Abgeordneter Lucas [SPD]: Das glauben Sie selber nicht!)

Aber die Neuorganisation hat doch große Verunsicherung in die Bevölkerung hineingetragen. Das ist verständlich, weil keiner der Behördenleiter willens und auch in der Lage war, bereits vor Ort zu erklären, was überhaupt geschehen soll, wie es mit den Wachen zukünftig aussehen soll und wieviel Beamte vor Ort sein sollen. Ich gebe Ihnen recht, Herr Innenminister: Ich halte nichts davon, daß in ganz kleinen Ortschaften zwei Beamte nachts auf der Wache sitzen, sie eigentlich nur dafür da sind, die Wache zu bewachen. Und was ist, wenn irgend etwas anfällt?

(Minister Dr. Schnoor: Das ist häufig im Land so! Die gibt es nicht nur selten, sondern sehr viel!)

(B)

- Das gibt es natürlich. Wir müssen aber trotz und alledem bedenken, daß die Beamten, wenn sie zum Beispiel von Fröndenberg nach Unna gehen - dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum, insbesondere im Winter - erhebliche Probleme mit Schnee und Glatteis haben, so daß Sie überhaupt nicht so schnell an Ort und Stelle sein können, wie es gewünscht und gefordert wird. In städtischen Bereichen ist es sicherlich sehr viel eher möglich. Gehen Sie aber einmal in den Märkischen Kreis oder ins Sauerland. Da wirft das in Zukunft sicherlich erhebliche Probleme auf. Insofern meine ich immer noch: Diese geplante Neuorganisation ist nur eine Verwaltung des Mangels. Wir müssen den Bürgern auch ganz klar sagen: Wir haben nicht genug Beamte; wir werden auch in Zukunft dieses nicht gewährleisten können.

Eines zum Abschluß: Herr Kollege Paus, das hat mich doch etwas irritiert. Bei aller Kritik am Innenminister: Wir haben vorhin über die Abschiebung und Ausweisung der nicht Asylberechtigten gesprochen.

(C)

Ich denke, wir sollten gerade dieses Thema sehr differenziert behandeln. Uns wird allen immer wieder gesagt: Abschieben, abschieben, abschieben! - aber jeder einzelne auf Parteiveranstaltungen oder Bürgerversammlungen kommt dann zu uns und sagt: Aber kümmern euch um diesen einen; da ist das Problem sehr groß.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Hier sollten wir die Problematik gemeinsam sehen und gemeinsam behandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Denn so einfach - ich sehe das auch als Mitglied des Petitionsausschusses -, wie es sich gelegentlich für die Gruppen oder die Öffentlichkeit darstellt, sind die Verhältnisse nicht. Mir fällt wirklich jeder Fall schwer, bei dem ich sagen muß: Die müssen gehen, und die müssen abgeschoben werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Larisika-Ulmke. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Appel.

(D)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vergangenen Jahr habe ich meine Rede zum Haushalt mit der Befürchtung begonnen, daß aufgrund der Ergebnisse des SPD-Parteitages das Grundrecht auf Asyl praktisch so gut wie abgeschafft sei. Innenminister Schnoor hat mir damals entgegnet, auch die Haltung der Verteidiger dieses Grundrechts habe dazu geführt, daß dieser Streit auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen worden ist.

(Minister Dr. Schnoor: Das ist wohl wahr!)

Die jüngste Geschichte, Herr Schnoor, hat uns leider gelehrt, daß nicht die Verteidiger, sondern diejenigen, die dieses Grundrecht angegriffen haben, das Klima erzeugt haben - da spreche ich Sie, Herr Paus, auch

(Appel [GRÜNE])

(A)

mit an -, im dem sich die Mörder von Mölln und Solingen im irrigen Glauben wähnen konnten, daß sie gesellschaftlich mit Rückenwind versehen und gerechtfertigt seien.

Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das Schleswiger Gericht gestern bei der Verurteilung der Täter von Mölln sich dieser Auffassung angeschlossen hat und insbesondere auf das rassistische Klima in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der unwürdigen Asyldiskussion hingewiesen hat.

Ich denke, es ist auch kein Zufall, daß der Solinger Brandanschlag zwei Tage nach der Bundestagsdebatte stattfand, über deren Ergebnisse - damit meine ich das Pseudoasylrecht des Artikels 16 a Grundgesetz und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz - wir uns anlässlich dieser Haushaltsberatungen unterhalten müssen.

Zum Asylverfahren sagen die Flüchtlingshilfsorganisationen nur, daß es sich inzwischen auf ein Scheinverfahren reduziert hat. So prüfen die Behörden bei Flüchtlingen aus typischen Verfolgerstaaten wie dem Irak nicht mehr, ob etwa Folter, Verfolgung, Haft oder Unterdrückung Fluchtgrund sind, sondern es wird nur noch erkundet, welches der Weg gewesen ist, auf dem die Betroffenen nach Deutschland gekommen sind. Wer auf dem Landweg gekommen ist, kann trotz triftiger Asylgründe wieder abgeschoben werden. Wer das Pech hat, über sogenannte Drittstaaten eingereist zu sein, kann zum Beispiel im Falle von Tschechien davon ausgehen, daß er in das nächste Land direkt durchgeschoben wird; denn dort hat nur derjenige Anspruch auf ein Asylverfahren, der es auf dem Hinweg, nach dem ersten Kontakt mit dem tschechischen Boden beantragt.

(B)

Als Folge dieser "sicheren Drittstaatenregelung" umgeben sich inzwischen auch die sogenannten sicheren Drittländer ihrerseits - wie Polen, Tschechien, Österreich - durch bilaterale Abkommen mit einem weiteren Kordon von "Drittländern". So wird der Iraker, den ich eben als Beispiel genannt habe, durch die tschechische Republik Slowenien und die GUS bis möglicherweise in den Iran oder - im schlimmsten Fall - in sein Verfolgerland zurückgeschoben.

(C)

Die Europäische Union ist sich dabei in der Umsetzung des deutschen und europäischen Asylrechts inzwischen nicht zu schade, mit Folterstaaten wie Marokko Abkommen abzuschließen. Einem Mitglied der westsaharaischen Befreiungsbewegung Polisario wurde dann demzufolge auch konsequent hier in Nordrhein-Westfalen in Abschiebehafte gesagt, der marokkanische Konsul in der Bundesrepublik Deutschland habe der Landesregierung mitgeteilt, daß gegen seine Einreise keine Bedenken bestünden. Wie auch? Wie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen? Schließlich freut sich die türkische Regierung auch über jedes abgeschobene PKK-Mitglied, mit dem entsprechend folternd verfahren wird.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Belegen!)

Die Gelder, die Polen und anderen Ländern inzwischen von der Bundesrepublik zur Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt wurden, werden dort nicht etwa für die Unterbringung von Flüchtlingen ausgegeben, sondern für Polizeiausrüstung mit Nachtsichtgeräten und für Polizeiausbildung - natürlich mit deutscher Hilfe von deutschen Behörden und deutschen Firmen. Das heißt, was an der deutschen Ostgrenze mit Infrarotnachtsichtgeräten inzwischen Realität wird, wird in die Drittstaaten exportiert.

(D)

Wegen dieser neuen Gesetze und wegen einer ausufernden Praxis der Ausländerämter - auch in Nordrhein-Westfalen -, die aufgrund des allgemeinen fremdenfeindlichen Klimas, das immer noch im Land besteht, immer seltener von ihrem Ermessensspielraum nach den §§ 51 ff. Ausländergesetz Gebrauch machen, nach denen ein sicherer Aufenthaltsstatus auch dann erteilt werden kann, wenn es im besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt - und das kann, ich meine sogar, das sollte auch in der Erfüllung einer humanitären Schutzpflicht vor Not und Bedrohung passieren -, aufgrund dieser Tatsache müssen wir uns immer stärker mit Abschiebungen beschäftigen. Ich finde es peinlich, Herr Paus, wenn Sie das hier in der Art und Weise, wie Sie es vorhin getan haben, im Parlament auch noch abfeiern.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(Appel [GRÜNE])

(A)

Ich finde, wenn Sie auf diesen Erfolg stolz sind, zeigt das die Christlichkeit, den Grad der Christlichkeit Ihrer Partei, und ich glaube, daß das die Menschen draußen im Lande sehr genau mitbekommen.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Seit Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensrechtes am 01.04.93 und in der Folge des Pseudo-Asylrechts vom 01.07.93 ist die Zahl der Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen rasch angewachsen. Derzeit befinden sich über 880 Abschiebehäftlinge im Vollzug, für die das Innenministerium die Entscheidungsgewalt hat. Mit den Auswirkungen des Vollzugs der Abschiebehaft werden wir uns noch anlässlich des Justizhaushaltes zu beschäftigen haben. Für die Härten aber, die bei der Entscheidung über die Verteilung der Abschiebehaft entstehen, Herr Innenminister, und für die Entscheidungen über die Abschiebehaft, die denen vorangegangen sind, haben Sie auch eine Mitverantwortung. Wenn der dreijährige Sarkis - getrennt von seinen inhaftierten armenischen Eltern - in diesem Jahr seinen dritten Geburtstag in einem Baby-Hotel verbringen muß, dann ist das jenseits der Grenzen von Humanität.

(B)

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Wenn die Praxis landauf, landab einreißt, daß - wie gestern morgen um 6 Uhr in Duisburg - eine albanische Familie aus Makedonien, die seit sechs Jahren hier lebt, verhaftet und abgeschoben und in ein Land geschickt wird, in dem erst vor drei Wochen albanische Regierungsmitglieder verhaftet wurden und in dem die politischen Spannungen und Auseinandersetzungen mit der albanischen Minderheit anwachsen, dann wird auch hier die "Ausländer-Raus"-Tendenz behördlichen Handelns spürbar. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Kosten der Abschiebung in diesem Haushalt sinnvoller für andere Dinge verwendet werden könnten.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Mit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes, für das Sie ja zuständig geworden sind, Herr

(C)

Schnoor, ist die Zuständigkeit entsprechend übergegangen. Ich möchte hier zuallererst das Verwirrspiel kritisieren, das seit Inkrafttreten des Gesetzes im Land Platz gegriffen hat. Da behauptet der Sozialamtsleiter in Bad Driburg im Kreis Höxter, er müsse auch an Flüchtlinge nach § 2 Absatz 1 Asylbewerbergesetz, die also länger als ein Jahr hier sind, Lebensmittelgutscheine statt des im Gesetz vorgeschriebenen Bargelds auszahlen, weil noch keine Ausführungsbestimmungen vorlägen.

Im Kreis Krefeld, in Köln und in anderen Städten führt die Vorschrift der Naturalienversorgung von unter einem Jahr ansässigen Antragstellern zu zum Teil unerträglichen Situationen in Unterkünften, wenn geklärt oder erklärt werden muß, warum die einen Personen Freßpakete - um es einmal auf deutsch zu sagen -, die anderen aber Bargeld bekommen. Andere Gemeinden versuchen, am Gutscheinverfahren festzuhalten und begründen dies mit möglicherweise neu auszuhandelnden gestaffelten Erstattungssätzen, oder sie berufen sich auf das nicht mehr gültige Flüchtlingsaufnahmegesetz für diesen Personenbereich. Wirrwarr landauf, landab - natürlich zu Lasten der Betroffenen.

Dies alles hätte die Landesregierung vermeiden können, wenn sie in ihrem Erlaß nicht nur die Zuständigkeit, sondern - wie das Land Niedersachsen - auch die Umsetzungsmodalitäten geregelt hätte. Es ist unerträglich, wenn die Kommunen nun wahrscheinlich bis zum Inkrafttreten eines Landesgesetzes am 1. April warten müssen. Auch durch Verwaltungshandeln kann man, Herr Innenminister, den Unmut gegen Flüchtlinge auf diesem Wege - wenn auch vielleicht ungewollt - weiter fördern.

(D)

Gestatten Sie mir aber noch ein grundsätzliches Wort zum Asylbewerberleistungsgesetz. Ein Gesetz, das zum Beispiel die medizinische Versorgung von chronischen Krankheiten und die psychologische Behandlung streicht, das Zahnersatz auf das zur Behebung von akuten Schmerzzuständen unbedingt Erforderliche reduziert, das Hilfen wie Prothesen streicht, ist in sich ein Manifest der in Paragraphen gegossenen Unmenschlichkeit,

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(Appel [GRÜNE])

(A)

leiden doch gerade Folter- und Kriegsoffer unter entsprechenden Schäden und chronischen Krankheiten, bekamen sie möglicherweise in der Haft die Zähne eingeschlagen, die Nieren zertrümmert oder verloren sie bei Kämpfen Gliedmaßen. Ich kann nicht verstehen, wie Sie, die Sozialdemokraten, so etwas im Bundesrat die notwendige Mehrheit verschaffen konnten.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Wir haben auch in diesem Jahr die Erhöhung der Mittel für die Versorgung von Flüchtlingen mit Wohnraum und Sprachkursen beantragt. Wegen des Kompetenzwirrwarrs - auch zwischen dem Sozial- und dem Innenausschuß - haben wir dies nur im Haushaltsausschuß getan. Wir halten Ihren Ansatz für Flüchtlinge für nicht ausreichend. Das trifft nicht nur die Asylsuchenden, sondern auch die Bürgerkriegsflüchtlinge. Es ist ein politischer Skandal, daß sich die Innenministerkonferenz weder zu einem Abschiebestop für Kosovo-Flüchtlinge noch für Deserteure aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens durchringen konnte, auch wenn wir anerkennen, daß sich hier der Innenminister durchaus eingesetzt hat.

(B)

Es ist auch eine reine Fiktion, wenn im Zusammenhang mit der Kurdenverfolgung immer noch von einer innerstaatlichen Fluchtalternative in der Türkei ausgegangen und dorthin abgeschoben wird. Die neue Ministerpräsidentin Ciller hat den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk so verschärft, daß er inzwischen genozidähnliche Dimensionen angenommen hat. Ich verkenne nicht, daß die PKK als polarisierende extreme Gruppe das ihre dazu beigetragen hat, diesen Konflikt zu verschärfen - aber erst, nachdem ein von der PKK erklärter Waffenstillstand und der Wunsch nach Verhandlungen von der türkischen Regierung kategorisch abgelehnt worden war.

Wie ist die Situation des kurdischen Volkes? - Vom Iran bekommen sie keine staatliche Autonomie zugebilligt. Sie werden bedroht, es werden sogar Parteianhänger in Deutschland ermordet. Im Irak sind die Kurden durch das Embargo getroffen. In der Türkei finden Massenmord, Bombardierung und Säuberungen statt.

(C)

Es muß in dieser Situation die Frage erlaubt sein, ob ein PKK-Verbot so sinnvoll ist, wenn dabei, wie es hier passiert ist, landauf, landab kurdische Kulturvereine durchsucht, Wanduhren beschlagnahmt und Religionsbücher und andere Dinge eingezogen werden, man aber die angekündigten Waffen nicht findet. Dazu sagen Frau Ciller und die Zeitung "Hürriyet" zwar Dankeschön und veröffentlichen die Liste der verbotenen Organisationen. Aber ich glaube, hier haben Sie der Politik für die Menschenrechte einen Bärendienst erwiesen. - Danke schön.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Appel. - Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Dr. Schnoor.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da hier in der zweiten Lesung nicht alles angesprochen werden kann, was in dem großen Bereich der Zuständigkeit des Innenministers anzusprechen wäre, will ich zu den von Ihnen erwähnten Problemen im Bereich der Asylpolitik nur soviel sagen: Herr Appel, nennen Sie mir den Namen und den Vorgang um das dreijährige Kind, den Sie angesprochen haben. Ich werde der Angelegenheit nachgehen.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD])

Ich möchte mich auf die Fragen der inneren Sicherheit und auf die Fragen der Polizei konzentrieren und das aufgreifen, was ich dazu in der Debatte gehört habe.

Frau Kollegin Larisika-Ulmke hat die Kriminalstatistik erwähnt, hat erwähnt, daß wir Steigerungsraten bei Mord und Totschlag haben, also bei der Gewaltkriminalität. Was man den Bürgern allerdings gleichzeitig sagen muß, Frau Kollegin: Die hohen Steigerungsraten, die Sie nennen, betreffen absolut niedrige Zahlen. Und bei sehr kleinen Zahlen verfälschen statistische Steigerungsraten ein wenig das Bild.

(Minister Dr. Schnoor)

(A)

Das Hauptproblem, mit dem wir es zu tun haben, sind aber die Diebstahlsfälle. Und der Diebstahl ist seit 1989 dramatisch gestiegen: Die Steigerung, die wir beim Diebstahl in Nordrhein-Westfalen seit 1989 hatten, ist fast so groß wie die Steigerung der Gesamtkriminalität in absoluten Zahlen in den letzten zehn Jahren zuvor. Dies hat mit dem Fall der Mauer zu tun. Wir haben nämlich vorher im Windschatten der Mauer, im Windschatten der Geschichte gelebt. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Es handelt sich auch um importierte Kriminalität, mit der wir es zu tun haben.

Es hat nichts mit etwa mangelnder Leistungsfähigkeit der Polizei oder mit vielleicht mangelndem Willen, so etwas zu bekämpfen, zu tun, sondern hat damit zu tun, daß wir eine veränderte politische Lage haben. Wir leben eben nicht mehr auf einer Insel der Seligen, sondern der Wind von Osten und von Westen weht uns hart um die Ohren. Das haben wir auch zur Kenntnis zu nehmen.

Wir nehmen die neue Situation aber auch nicht als schicksalsgegeben einfach hin, sondern versuchen, etwas zu tun. Nun sagen sowohl Herr Paus als auch Frau Larisika-Ulmke, der Haushalt werde dem Problem der inneren Sicherheit nicht gerecht. - Das kann ich überhaupt nicht verstehen. Gestern haben wir über einen Antrag der SPD gesprochen, dem hier alle begeistert zugestimmt haben. Es ging darin um die Frage der Überleitung von Polizeibeamten nach A 10. Als ob dieses nichts mit den Problemen hier zu tun habe! Ich will es Ihnen gleich erklären, Herr Paus.

Das, was Ihnen von der CDU in diesem Zusammenhang einfällt, ist die Forderung nach mehr Personal. Gut; ich will dazu gleich etwas sagen. Aber ich bin gespannt, was insbesondere Ihre Sprecher in der dritten Lesung zu der Personalkostenquote im Landeshaushalt sagen werden - darauf bin ich sehr gespannt -

(Zurufe von der SPD: "Zu hoch" werden Sie sagen!)

und was die einzelnen Fachpolitiker bei Ihnen sagen werden, wenn es an die Umschichtung zugunsten des Polizeihaushalts geht. Ich bin auch sehr gespannt darauf, ob die Lehrer bei Ihnen in der CDU-Fraktion

(C)

wohl bereit sein werden, Personalstellen für Lehrer abzugeben, ob die Kolleginnen und Kollegen, die für die Kindergärten zuständig sind, bereit wären, aus den Mitteln für Kindergärten etwas abzugeben. Ich bin sehr gespannt, was da kommen wird.

(Abgeordnete van Dinther [CDU]: Da haben wir nichts abzugeben!)

- Aber es ist von Herrn Paus doch gerade gefordert worden, es müsse aus anderen Politikbereichen abgeben werden. -

Meine Damen und Herren, wir sind bei der größten Polizeireform, die es seit 1945 gibt, und dies in einer Zeit knapper Kassen; eine Polizeireform, die in ihrer Bedeutung und in ihrem Gewicht mit der großen Bildungsreform gleich nach dem Krieg vergleichbar ist, nur wurde diese damals in einer Zeit voller Kassen gemacht. Wir machen die Polizeireform in einer Zeit knapper Kassen. Und deswegen wären eigentlich unsere Anstrengungen von Ihnen um so mehr herauszustellen und nicht kleinlich und mit Mäkeleien zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dabei, den Standort der Polizei in dieser Gesellschaft zu verändern. Und diese Aufgabe, die wir uns da vorgenommen haben, ist eine staatspolitische Aufgabe von großem Rang, von großer Bedeutung. Es wird uns gelingen, die Polizei qualitativ zu verbessern und ihr einen anderen Standort in dieser Gesellschaft zu geben. Die Landesregierung und insbesondere die Fraktion, die die Landesregierung trägt, tun das Notwendige, um dieses zu erreichen.

Daß es dabei hier und da hakt, daß wir uns zunächst dem mittleren und dem gehobenen Dienst zugewandt haben, ist klar, weil das die Masse der Beamten ist. Aber wir werden auch etwas für den höheren Dienst tun müssen. Denn wenn man insgesamt die Qualität verbessern will, muß man auch die Führung verbessern. Das wird beim höheren Dienst sehr schwierig sein, aber wir müssen auch da etwas tun. Ich denke dabei nicht an zusätzliche Beförderungsstellen, sondern an den Anteil des höheren Dienstes. Wir konzentrieren uns auf eine Verbesserung der Qualität und

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

(A)

vernachlässigen in der Tat die Frage der Quantität, der personellen Verstärkung.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Nun will ich Ihnen in aller Kürze eines sagen: Sie sprechen von 7 500 Stellen. Ich will jetzt gar nichts zu der Zahl sagen, aber 7 500 Stellen bedeuten einen Personalkostenmehraufwand von einer halben Milliarde DM jährlich im Haushalt des Innenministers. Darüber muß man sich im klaren sein.

Wo will man diesen Betrag herausschneiden? Nun kann man sagen, man wolle dieses. Ich halte es durchaus für möglich, daß es Ihnen hier im Landtag durch Umschichtung oder wie auch immer gelingt, einige Stellen für die Polizei zu schaffen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber für die Landesregierung sage ich: Die Möglichkeit einer Personalverstärkung in einer Größenordnung von einer halben Milliarde DM, die ja irgendwo herkommen muß, sieht die Landesregierung jetzt nicht. Ich sehe sehr wohl die Möglichkeit, mit einzelnen Stellen etwas zu tun. Aber das haben wir in der Landesregierung bisher politisch anders entschieden.

(B)

Denn: Sie müssen gefälligst auch einmal die politischen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen, mit denen wir es zu tun haben. Wir haben eine Rezession, wie wir sie seit 50 Jahren nicht gehabt haben. Wir haben eine Arbeitslosenquote, wie wir sie seit 50 Jahren nicht gehabt haben. Wir haben mit den Kosten der Einheit zu tun. Und wir haben eine Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung. Dem haben wir Rechnung zu tragen; es kommen Pensionslasten auf uns zu.

Zu den Kosten der Einheit möchte ich nur soviel sagen, meine Damen und Herren, Herr Kollege Paus: Die Verantwortung für unsere schwierige Lage trägt in erster Linie die von Ihnen getragene Bundesregierung in Bonn. Man muß wissen, daß die Schulden und die Zinsen, die Bund, Länder und Gemeinden heute drücken, gegenüber den Schulden, die wir in Westdeutschland in 40 Jahren angehäuft haben, in nur drei Jahren um 60 % gestiegen sind.

Der Gesamtstaat hat in den Jahren von 1948 bis 1989 900 Milliarden an Schulden angehäuft. Bei einer

(C)

Verzinsung von 8 % müssen jährlich 72 Milliarden DM an Zinsen aufgebracht werden. Das alles ist bei entsprechenden Steuerzuwächsen zu leisten; das ist kein Problem. Das Problem aber liegt darin, daß wir in nur drei Jahren seit 1989 die Zinsbelastung um 44 Milliarden DM zusätzlich erhöht haben. Die Verantwortung dafür trägt in erster Linie die Bundesregierung, die nicht rechtzeitig aufgepaßt hat. Das müssen wir deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vergessen Sie das bitte nicht, wenn Sie hier im Landtag Personalforderungen erheben. Wir haben diese Rahmendaten zur Kenntnis zu nehmen. Bund, Länder und Gemeinden haben sich in ihrer Politik darauf einzurichten.

Die Frage ist: Was ist jetzt im Bereich der inneren Sicherheit zu tun, was machen wir? Wir werden zunächst Aufgabenkritik durchführen; darauf hat Frau Kollegin Larisika-Ulmke hingewiesen. Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Es ist noch nicht verabschiedet. Es gibt einige Fälle, über die man sicherlich reden muß. Aber ich erlebe doch jetzt schon die Kritik der kommunalen Spitzenverbände.

Ich frage einmal die Kommunalpolitiker aus Ihrer Fraktion, was die dazu sagen werden, wenn wir den Kommunen zusätzliche Lasten zuschieben.

(D)

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Sehr gut!)

Stellen Sie sich doch hier nicht so hin und sagen: Der Innenminister muß als Kommunalminister dafür sorgen, daß die Lasten den Kommunen zugeschoben werden. Wenn dann anschließend die Entlastung der Kommunalhaushalte gefordert wird, werden auch die Innenpolitiker in Ihrer Fraktion mit den Kommunalpolitikern stimmen. Also das ist doch eine Schizophrenie, die ich da höre. Das kann man doch einfach nicht mehr ernst nehmen.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Heuchelei ist das! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist wahr!)

(Minister Dr. Schnoor)

(A)

Ich bin z. B. der Meinung, daß die kreisfreien Städte und die Kreise auch Geschwindigkeitskontrollen mit mobilen Anlagen durchführen sollen. Ich glaube nicht, daß das für sie eine zusätzliche finanzielle Belastung ist. Aber der Städtetag lehnt es bisher ab. Wir müssen mit den Kommunen darüber in Ruhe sprechen. Sie dürfen dann aber nicht hier bittere Zähren weinen, Veitstänze aufführen und den Innenminister anprangern.

Jetzt noch ganz kurz zum Thema "Neuorganisation". Das ist ein ganz mühsames Geschäft. Bei Gelegenheit der Neuorganisation, Herr Kollege Paus, entdecken wir z. B., daß es bei uns im Lande - in Großstädten, aber auch auf dem Land - eine Vielzahl kleiner Wachen gibt, die die Bürger gern behalten wollen, die aber zur inneren Sicherheit nichts beitragen. Es stärkt lediglich das Sicherheitsgefühl der Bürger, wenn diese ein Haus mit einem Schild "Polizeiwache" sehen.

Wenn in einer Polizeiwache nicht mindestens zehn Beamte Dienst tun, können Sie sie eigentlich nur schließen. Sie brauchen für einen Beamten, den Sie auf der Straße haben wollen, der den Bürger dort schützen soll, insgesamt 6 1/2 Planstellen. Denken Sie an Schichtdienst, Krankheit und ähnliches. Deswegen ist die Zahl 10 für eine Wache,

(B)

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Das Mindeste!)

die im Zwei-Schichten-Betrieb besetzt ist, die Mindestzahl überhaupt.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
So ist es!)

Bei einer durchgehend besetzten Wache können Sie überhaupt nicht unter 20 gehen; das ist undenkbar.

Was geschieht in den Fällen, in denen Sie keine Wachen haben? Ich kann ich Ihnen ein Beispiel aus meinem Wahlkreis bringen. Es gab u. a. bisher eine kleine Wache, die für zwei Schichten mit sieben Beamten besetzt war. Da sind immer zwei Beamte durch das Gebäude gebunden, einer leitet die Wache, und der andere befindet sich im Innendienst. Dann sind also allenfalls zwei Beamte auf der Straße. Das heißt, hier wird Personal zur Bewachung einer Wache

(C)

vergeudet. Das hilft dem Bürger nicht; denn die Beamten, die sich in der Wache befinden, werden weder der alten Frau helfen, wenn ihr die Handtasche geraubt wird, noch werden sie einem Dieb hinterherlaufen können. Ob das der Beamte kann, der immer draußen auf der Straße ist, weiß ich auch nicht. Aber jedenfalls ist die Wahrscheinlichkeit dann größer.

Zum Stichwort "Bezirksdienst" würde ich gern Näheres sagen, aber meine Redezeit geht zu Ende. Ich will nur soviel anmerken: Es gibt auch hier viel Widerstand.

Wenn wir nicht dafür sorgen, daß Wasserköpfe beseitigt werden, wenn wir nicht dafür sorgen, daß im Innendienst weniger Dienst anfällt und die Beamten nach draußen kommen, bekommen wir nicht mehr Sicherheit und kein besseres Sicherheitsgefühl.

Ich komme zum Schluß. Meine Damen und Herren, wir können nicht einfach sagen: Nun legt einmal ein Programm vor und sorgt dafür, daß mehr Personal herkommt. Ich hätte auch gern mehr Personal. Wenn es uns allen gelingt, mehr Personal für die Polizei durch Einsparungen in anderen Politikbereichen zu bekommen, hielte ich das für hervorragend. Mir aber geht es jetzt darum, dafür zu sorgen, daß die Polizei besser qualifiziert wird und daß ich dann sagen kann: Eine besser qualifizierte und besser bezahlte Polizei hat ihre Funktionen nicht in einem Bürgergebäude, sondern draußen, um dem Bürger mehr Sicherheit zu geben.

(D)

Darum geht es. Darin sollten Sie uns unterstützen, statt uns andauernd Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr: Bei dem abgeschobenen Kind handelt es sich um den dreijährigen

(Appel [GRÜNE])

(A)

Sarkis Avetisian aus Armenien. Seine Eltern wurden am 6.10. in Gütersloh in Abschiebehaft genommen und am 13.10. gemeinsam mit dem Kind ausgeflogen.

(Minister Dr. Schnoor: Sie haben über "Inhaftierung" gesprochen. Darum ging es mir!)

- Das Kind wurde allein, ohne Wissen der Eltern, wo es sich befindet, in einem Bielefelder Babyhotel untergebracht, wo es seinen Geburtstag alleine feiern mußte, isoliert von der übrigen Familie, die bereit gewesen wäre, das Kind aufzunehmen.

Übrigens hat die Kollegin Robels dazu im Rechtsausschuß eine Aktuelle Viertelstunde beantragt. Von ihrem Kollegen, dem Herrn Justizminister, haben wir gehört, daß er dafür nicht zuständig sei, sondern die Zuständigkeit beim Innenministerium liege. Entsprechende Erfahrungen haben wir also schon gemacht.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Appel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Morawietz?

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Sicher.)

(B) - Bitte schön!

Abgeordnete Morawietz⁷ (SPD): Kollege Appel, waren Sie nicht dabei gewesen, wie die Vertreterinnen des Innenministers in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses sehr ausführlich zu dem Fall berichtet hat?

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Er ist ja selten da. -Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Doch, da war er da!)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Kollegin, ich halte die Auskunft für nicht ausreichend. Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß durch ausführliche Erklärungen die Tatsache, daß so etwas in Abschiebehaft stattfinden kann, nicht geleugnet und politisch weggetan werden kann. Die Öffentlichkeit muß das wissen. Sie, die Parteien, die den Asylkompromiß zu verantworten haben, und auch die Öffentlichkeit

müssen wissen, welche üblen Auswirkungen das hat. Darum geht es. Deswegen bringe ich das hier vor.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte kurz noch auf die Frage der Polizei und der Polizeizusammenarbeit eingehen: In der derzeitigen Situation, in der amnesty international am 5.11. in sogenannten "urgent actions" über eine Vielzahl von Kurden berichtet, die der Demokratischen Partei - der einzigen legalen kurdischen Partei in der Türkei - angehören und durch Folter bedroht sowie in Gefängnissen verschwunden sind, muß ich dem Innenminister die Frage stellen: Halten Sie es eigentlich nicht für peinlich, daß gestern hohe Funktionäre der türkischen Polizei in Ihrem Hause empfangen worden sind?

Für mich schließt sich dann die Frage an, die vielleicht nicht Sie in erster Linie zu beantworten haben, aber unser Bundesinnenminister und die Innenministerkonferenz, in der natürlich auch die nordrhein-westfälische Landesregierung Mitverantwortung trägt: Will die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft möglicherweise nicht nur Kampfflugzeuge, Kriegsmaterial der NVA, sondern auch Polizeiausbilder in die Türkei schicken? -Wenn dem so wäre, hielten wir GRÜNE das allerdings für skandalös.

(D)

Sie sollten sich lieber intensiv um die weitere Verbesserung der Polizeiausbildung in Nordrhein-Westfalen kümmern. Die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn hängt - darauf weisen wir hin - auch an der Reform dieser Ausbildung. Wir GRÜNEN finden es nicht richtig, daß auch nach dem sogenannten Drei-Säulen-Modell weiterhin immer noch für den mittleren Dienst ausgebildet wird, selbst wenn - das gestehe ich zu - nach oben hin Beförderungsmöglichkeiten gegeben sind.

Wie schon im vergangenen Jahr fordern wir auch jetzt wieder ausdrücklich eine Reform der Ausbildung durch eine einheitliche Fachoberschule für öffentliche Verwaltung und die obligatorische Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, die sich unserer Meinung nach in Richtung Gesellschaft öffnen muß.

(Appel [GRÜNE])

(A) Zu diesem Konzept gehörte dann auch die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei. Denn nur wenn wir eine attraktive, zukunftsichere Ausbildung und eine angemessene Besoldung für Polizisten und Polizistinnen sicherstellen, werden wir eine demokratische Polizei der Bürgerinnen und Bürger in Uniform haben. Das bedeutet aber auch, daß die Landesregierung trotz schmaler gewordener Kassen Prioritäten setzt und die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben kann.

Hier könnte unseres Erachtens manches schneller gehen. Deswegen haben wir Ihnen heute unseren Antrag vorgelegt, die Zahl der Nachschlüsselungen für Beförderungen von A 8 nach A 9 zu verdoppeln und auch die möglichen Nachschlüsselungen weiter unten schon jetzt für 1994 zu beschließen.

Den Antrag, den die CDU im Ausschuß gestellt hat, hätten wir zugestimmt, wenn seine finanziellen Auswirkungen beziffert worden wären. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen ist das, was Sie vorgeschlagen und vorgetragen haben, Herr Paus, rein deklamatorisch, nicht etatisiert und deswegen unseriös.

(B) Gestatten Sie mir, daß ich nun - zum viertenmal in der Zeit, in der die GRÜNEN hier im Landtag sind - noch einmal dringend der Aufgabenreduzierung das Wort rede. Hier spreche ich insbesondere die Drogenpolitik an: Solange Drogenpolitik auf Kriminalisierung setzt, wird sich an der Mehrarbeit und unnötigen Arbeit der Polizei und der unnötigen Aufrüstung unter dem Siegel angeblich notwendiger Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die sich bei genauem Hinsehen meistens als Klein- und Bandenkriminalität zu erkennen gibt, nichts ändern.

Solange die Ursachen für andere Formen der Kriminalität nicht beseitigt werden, wird die Verunsicherung weiter um sich greifen. Ich warne davor, Frau Kollegin Larisika-Ulmke und Herr Paus, hier falsche Behauptungen aufzustellen und falsche Erwartungen zu wecken. Das sollten wir nicht tun: Die Kriminalität ist nicht dramatisch gestiegen. Sie hat nach einem Rückgang seit 1985 inzwischen wieder das Niveau von 1982 erreicht. Seit 1976 haben wir nicht gleichviel, sondern bundesweit über 40 000 Polizeibeamte mehr, Herr Paus.

(C) Wie schon in der Asyldebatte betreiben Sie auch hier mit falschen Zahlen ein gefährliches Spiel. Sie sollten einmal das amerikanische Buch "How To Lie With Statistics" - "Wie lüge ich mit Statistik" - lesen. Dann würden Sie von solchem Tun ablassen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Braucht er nicht. - Abgeordnete Garbe [SPD]: Hat er schon!)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, letzter Satz!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Wir werden keine neuen Stellen für die Polizei einfordern, sind aber im Bereich der Angestellten für die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre; denn wir wollen, daß die Beamten von unnötigen Schreibearbeiten und anderen Dingen entlastet werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Jetzt erteile ich Herrn Paus das Wort für die Fraktion der CDU.

(D) Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Innenminister Schnoor, ich möchte mich ausdrücklich für die faire, moderate und sachliche Art der Diskussion bei Ihnen bedanken. Das kann ich dem Kollegen Frechen nicht sagen. Herr Kollege Frechen, Sie haben mir Polemik vorgeworfen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Gegenüber dem Innenminister!)

Das, was Sie dann hier vorgetragen haben, war blanker Zynismus und an Demagogie in keiner Weise mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns wegen der Sonderregelung einer Sonderlaufbahn für die Polizei kritisiert. Dabei haben Sie das Unverständnis der GdP und ich weiß nicht all wessen beschworen. Korrekt ist - und das hätten Sie vortragen müssen -, daß aufgrund unserer Anregung

(Paus [Detmold] [CDU])

(A)

im Innenministerium Hektik ausgebrochen ist und dann das Dreisäulenmodell auf den Weg kam, das noch nicht einmal ausgereift war, bloß damit man zur Debatte unseres Modells hier etwas vorlegen konnte.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Dann hätten Sie dem zustimmen können!)

Uns dann wegen unseres Modells zu kritisieren, ist schon abenteuerlich, Herr Frechen. Wenn Sie sich dann die Modelle im einzelnen anschauen, werden Sie feststellen, daß es Unterschiede nur in Nuancen gibt, mehr nicht.

Dann, Herr Kollege Frechen: Über unseren Vorschlag der ehrenamtlichen Mitarbeit von Bürgern in der Polizei haben Sie kübelweise Häme ausgeschüttet.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Lächerlich ist das!)

- Herr Kollege, daß ist das offizielle Konzept, das der Bundesparteitag der CDU beschlossen hat,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Dann ist es noch schlimmer!)

(B)

das ist Inhalt der Konzeption des Bundesinnenministers, und das hat die Innenministerkonferenz bei der letzten Tagung in Oybin beschäftigt. Ich denke, Sie werden Ihre Häme und Ihre Sprüche, die Sie hier losgelassen haben, sicherlich auch bei der Anhörung vortragen, wenn wir das mit den Fachleuten aus den Bundesländern diskutieren

(Zuruf des Abgeordneten Lucas [SPD])

- Herr Lucas, hören Sie zu, schreien Sie nicht dazwischen! -, die in ihrem Bundesländern genau das praktizieren, was wir wollen.

(Abgeordneter Lucas [SPD]: Geben Sie schlicht und einfach zu, daß das nichts ist, was Sie auf den Tisch gelegt haben!)

Dann haben Sie uns vorgerechnet, Herr Frechen, daß es in den letzten drei Jahren 3 000 zusätzliche Polizeibeamte gegeben hätte. Das ist für mich schlicht höhere Mathematik. Die Landesregierung trägt uns seit

(C)

Jahren vor - der Innenminister hat das konsequent auch noch einmal vorgetragen -, daß, weil er der Qualität den Vorrang gibt, wie er sagt, bei der Polizei nicht zusätzlich eingestellt wird. Es gab einmal Ihre gewaltig verkündete Aktion "Personalverstärkung in den 90er Jahren", die nach einem Jahr wieder in sich zusammengebrochen ist. Wie Sie aus 400 Leuten 3 000 Stellen errechnen, können Sie uns vielleicht einmal im Ausschuß mit dem Taschenrechner erklären.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Mache ich!)

Dann das Stichwort "Kaffeemaschine"! Herr Frechen, so billig kann man sich das wirklich machen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Doch, das haben Sie beantragt!)

Man sucht sich aus den Deckungsvorschlägen der CDU einen heraus. Da geht es um eine teure Kaffeemaschine für 46 000 DM. Wir sagen: Diese schaffen wir in diesem Jahr nicht an, das machen wir ein Jahr später, die Mittel nutzen wir für etwas anderes. Und dann kommt der Spruch von Frechen, wir wollten mit einer Kaffeemaschine die Probleme der inneren Sicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen lösen. Das ist absolut unzumutbar, was Sie sich hier herausgenommen haben, Herr Kollege. Wenn Sie so mit uns argumentieren wollen, können wir Sie einfach nicht mehr ernst nehmen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dann zu Ihnen, Herr Kollege Appel! Wir haben im Ausschuß den Antrag in Sachen Nachschlüsselung der Polizei im mittleren Dienst abgelehnt, weil wir einen weitergehenden Antrag vorgelegt hatten. Wir sind mit diesem Antrag im Ausschuß nicht durchgekommen. Wir werden natürlich Ihrem Antrag hier zustimmen, weil es besser ist, wenn etwas passiert, als wenn gar nichts passiert. Das ist aber auch schon das einzig Positive, was ich zu Ihnen sagen kann, Herr Kollege Appel.

Im übrigen war das, was Sie uns hier vorgetragen haben, Herr Kollege Appel, teilweise jenseits der Grenze des Zumutbaren. Ich halte es schlicht für unfair und unerträglich, wenn Sie uns als Kollegen im

(Paus [Detmold] [CDU])

(A)

Innenausschuß vorwerfen, daß wir gestern mit türkischen Polizeioffizieren diskutiert haben. In dem Gespräch haben wir genau die Frage, wie das mit der PKK und mit der Kriminalität ist, mit den Polizeioffizieren diskutiert. Sie hätten dort hinkommen und das dort erzählen sollen, statt uns hier vorzuhalten, daß wir mit Polizeioffizieren aus der Türkei Kumpagnei betreiben. Das ist schlicht unkollegial.

Dann, Herr Kollege Appel, muß ich Ihnen noch sagen: Bei dem Stichwort "Belastung des Klimas für Ausländer in unserem Land" verwechseln Sie wie immer - Sie nehmen es einfach nicht zur Kenntnis - Ursache und Wirkung. Doch nicht der demokratische Streit darum, wie wir Art. 16 GG ändern müssen, hat die Probleme für uns geschaffen, sondern die Tatsache, daß wir jahrelang unter Fehlgebrauch des Asylrechts zu völlig asylfremden Zwecken, nämlich zu Zwecken der Einwanderung, bei uns 100 000fache Zuwanderung, letztlich illegale Zuwanderung, erlebt haben. Das hat das Klima belastet, und ich bin froh darüber, daß wir jetzt eine Trendwende haben, daß wir eine Chance haben,

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Jetzt sind die Flüchtlinge an Mölln und Solingen schuld!)

(B)

diese schwere Klimabelastung in unserem Staat abzubauen.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Dann hätten Sie ein Einwanderungsgesetz machen müssen!)

Schlimm ist auch - Herr Kollege Appel, vielleicht wissen Sie es nicht besser -, von einem Pseudo-Asylrecht zu reden. Das ist abenteuerlich. Wollen Sie es denn wirklich weiterhin verantworten, daß Menschen aus Ost- und Südosteuropa von Schleppern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hierher geschleppt werden, die letzte Habe zu Hause versetzen, hier keine Chance haben können, wieder nach Hause zurückkehren müssen und dann völlig entwurzelt sind? Wollen Sie das weiter so akzeptieren und hier von Pseudo-Asylrecht reden? Das ist schlicht unverantwortlich.

Letzter Hinweis! Herr Innenminister, ich begrüße es, daß Sie unseren Begriff von der importierten Kriminalität aufgegriffen haben. Ich darf Sie nur in diesem

(C)

Zusammenhang erinnern, daß uns noch vor wenigen Monaten, als ich diesen Begriff hier verwandt habe, auch von Ihrer Seite und von Seiten der SPD-Fraktion - von Herrn Appel sowieso, wie nicht anders zu erwarten - schlimmste Polemik und Demagogie vorgeworfen worden ist. Jetzt haben Sie diesen, wie ich finde, zutreffenden Begriff nach wenigen Monaten übernommen. Ich stelle also fest: Die Landesregierung ist noch lernfähig. Beim Asyl hat es 10 Jahre gedauert, hier hat es nur wenige Monate gedauert. Ein Fortschritt!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Möchten Sie reden, Frau Höhn?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nein, Herr Appel!)

- Herr Appel hat in der zweiten Runde schon geredet. Wir haben uns auf keine dritte Runde geeinigt. Wir haben jetzt die zweite Runde, und Herr Appel hat schon geredet. Es heißt also nicht: Jeder Redner kann jedesmal fünf Minuten sprechen, sondern "jeder weitere Redner". Wenn Sie also einen weiteren Redner hätten, wäre das etwas anderes. Eine dritte Runde haben wir aber nicht vereinbart.

(D)

Deshalb sind wir jetzt auch am Schluß der Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Stichwort: Beförderungstau im mittleren Polizeidienst -. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der SPD: Zwei!)

Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest: Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 03 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6403. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen,

(Präsidentin Friebe)

(A)

daß der Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen worden ist.

Ich rufe auf die Nummer 4:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Auch hier gebe ich den Hinweis auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6410 und die vorliegenden Änderungsanträge zum Teil

a) Umweltschutz und Raumordnung

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Dr. Schraps für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen unsere Anträge heute nicht noch einmal vor. Sie sind im Ausschuß mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt worden, ohne Beratung, und ich möchte Ihnen ein Wort ins Stammbuch schreiben, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Die Ringenden sind die Lebendigen. Das können Sie nachlesen, aber Sie, meine Damen und Herren, ringen eigentlich nicht mehr. Sie ringen mit uns nicht mehr um den besten Weg in einer Sache. Wir ringen nicht mehr um den Umwelthaushalt, und Sie haben alle vergessen - das möchte ich doch mit großem Ernst sagen -, daß der Weg zum Fortschritt fortwährende Selbstkritik ist.

(B)

Ich frage mich, meine Damen und Herren, was aus einem Land wird, in dem die Gedanken der Opposition, die sich ebenfalls dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und nur in der Empfehlung der Mittel abweicht, ohne nähere Betrachtung abgewürgt, verworfen werden. Auf diese Art und Weise verkommt der Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen zu einer Einbahnstraße, und das ist gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten außerordentlich schlimm. Gerade in dieser Zeit ist es nämlich notwendig, haushälterische Schwerpunkte zu bilden, die mithelfen, den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen, die Fragen des

(C)

Umweltschutzes und die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie zu vereinbaren.

Ich bitte Sie, Herr Minister, machen Sie doch einmal, mehr als einmal deutlich, daß der Umweltschutz nicht nur eine Kostenbelastung für umweltintensive Produktionszweige ist; er hat auch einen wachsenden Arbeitsmarkt mit der Chance geschaffen, Erträge aus einer Umweltschutzgüterindustrie zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Umweltschutz ist also eine Chance für Nordrhein-Westfalen, leider weitestgehend ungenutzt, so daß wir in Nordrhein-Westfalen nicht, wie immer behauptet wird, Spitzenpositionen bei umweltpolitischen oder wirtschaftlichen Erfolgen einnehmen, sondern bei Arbeitslosenraten und der Pflege von wirtschaftlichen Monostrukturen,

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Alles falsch!)

Monostrukturen, die im übrigen in der Vergangenheit nicht nur zu arbeitsmarktpolitischen, sondern auch zu umweltpolitischen Risiken geführt haben. Ein ganz großer schlagender Beweis, Herr Minister, sind doch nicht nur die überproportionalen Arbeitslosenzahlen, sondern 20 000 Altlasten in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine Umwelthypothek, deren Beseitigung Ihnen nicht einmal im kleinsten Rahmen, im kleinsten Umfang gelingt. Es gibt auch keinen Schwerpunkt innerhalb des Haushalts, der darauf eingeht.

(D)

Sie haben ein von Anfang an krankes Lizenzmodell, und das ist im Grunde genommen wirklich beredtes Zeugnis für eine sture, unwandelbare Umweltpolitik. Im Haushalt 1994 sind für die Arbeit des Abfallbeseitigungs- und Altlastensanierungsverbandes ganze 35 Millionen DM angesetzt, wovon dieser Verband im Höchstfall 70 % verbrauchen kann - ein Mittelansatz, der eigentlich lächerlich ist.

Zwei Beispiele: Sie wissen genau, wie teuer Altlastensanierung sein kann. Hamburg hat für die Deponiesanierung Georgswerder bereits 120 Millionen DM ausgegeben und Hessen für Gerolsheim zwischen 80 Millionen DM.

Was machen wir hier? - 20 000 unsanierte Altlasten, zumeist in Ballungsgebieten, bei einem riesigen Bedarf an Bauland für Industrie und Gewerbe! Also: Negativsignale aus Nordrhein-Westfalen, und dasselbe